

3803/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.04.2002

Anfrage der
Abgeordneten Heidrun Silhavy
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend Gefährdung Schulverbund - West in Graz

In der Kleinen Zeitung vom 10. April 2002 titelte eine Schlagzeile:

SCHULVERBUND DROHT WEGEN SPARKURS VORZEITIG DAS AUS

Finanzierung ungeklärt. Die Schulbehörde beruhigt: "Geht weiter".

Der Schreck der Eltern war groß: Am Montag sei mitgeteilt worden, dass der „Schulverbund West“ vor dem Aus stehe und ihre Kinder wieder in herkömmliche Hauptschulen oder das Gymnasium eingegliedert würden, klagte eine Mutter. Unterschriften dagegen wurden flugs gesammelt, denn man bangte um die Vorteile des Schulversuches: Schüler von vier Hauptschulen und des BG/BRG Klusemannstraße wurden gemeinsam, aber differenziert unterrichtet, meist von zwei Lehrern. So konnten auch die „Hauptschüler“ ein Zeugnis für eine weiterführende Schule bekommen (siehe rechts).

„Da ist Information falsch angekommen“, schwächt Robert Hinteregger, einer der zwei für den Schulverbund zuständigen Landesschulinspektoren, ab, verschweigt aber nicht, dass es Probleme mit der Finanzierung des Schulversuches gibt. Zum einen, weil sich auch dort das allgemeine Sparen auswirke, zum anderen, weil es schwierig sei, die Mittel für Allgemeinbildende Höhere Schulen (AHS) und für Hauptschulen (HS), die normalerweise getrennt finanziert werden, zu vereinen.

Über die Finanzierung werde es noch Gespräche geben, tröstet er die Eltern. Allerdings: „Um Entwarnung zu geben sei es noch zu früh.“ Einer stückweisen Ausdün-

nung auf Kosten der pädagogischen Substanz werde er aber nicht zustimmen. Im schlimmsten Fall „müssten wir das Modell auseinander klauen.“ Und das wäre das Ende des Schulverbundes.

Das kommt für Landesschulratspräsident Horst Lattinger aber nicht in Frage - zumindest vorerst (siehe Interview). Es gebe keinen Anlass zur Panik, „der Schulverbund wird nächstes Jahr so weiterlaufen wie bisher, da werden wir einen Weg finden“, verspricht er.

Stolz war man im Landesschulrat auf das Modell immer. Er galt als eine Lösungsmöglichkeit für das Schulproblem in Ballungsräumen: Die AHS sind voll, während kaum Schüler in die HS gehen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachfolgende

ANFRAGE:

1. Wie lange ist der Schulversuch „Schulverbund -West“ noch gesichert?
2. Wie ist die finanzielle Bedeckung für den „Schulverbund -West“ für das Schuljahr 2002/2003?
3. Gibt es bereits einen Evaluierungsbericht zu diesem Schulversuch?
 - a) Wenn ja: Wie lauten die Ergebnisse dieses Berichtes?

4. Sind Sie der Meinung, dass auch Schulmodelle nachfrageorientiert angeboten werden sollen?
5. Beabsichtigen Sie den Schulverbund -West in das Regelschulwesen zu übernehmen?
Wenn nein: Warum nicht?